

Nur ein Europa

Zur Pressekonferenz de Gaulles

sp - Die europäische Konzeption des französischen Staatschefs ist zu genau bekannt, als daß man detaillierte Darlegungen von seiner 15. Pressekonferenz erwartet hätte. Zwar erklärte de Gaulle, er wolle weder dem Gedankenaustausch des römischen Gipfeltreffens noch den Brüsseler Verhandlungen über den britischen EWG-Beitritt vorgreifen, doch war er sich sehr wohl bewußt, daß seine Erklärungen von großem Gewicht für die künftige Entwicklung sind. In dem Mut, abermals das Feuer der internationalen Kritik auf sich zu ziehen, wollen Pariser Kommentatoren denn auch den Ausdruck des französischen Führungsanspruches über den Kontinent sehen.

General de Gaulle hat mit seinen Bemerkungen zu der Konferenz, die Ende des Monats in der italienischen Hauptstadt abgehalten wird, gleichsam das ideologische Fundament für seine Position zur britischen Mitgliedschaft in der EWG geliefert. Er registriert Anzeichen von Solidarität der sechs Partner gegenüber einer Außenwelt, die er die atlantische nennt und die im Gegensatz zur kontinentalen Staaten-Gruppe ist. Das Ergebnis der Kennedy-Runde hat für ihn die divergierenden Interessen zwischen atlantischen Staaten wie den USA, Großbritannien und Skandinavien und den westeuropäischen Ländern der EWG hervortreten lassen. Eine Verstärkung dessen, was er als europäischen Geist bezeichnet, ist nach seiner Auffassung auch durch den Druck der angelsächsischen Mächte in der Währungsfrage und durch die von ihnen ausgehende technologische Bedrohung des Kontinents eingetreten. Besonders aber in der Politik in Verbindung mit der Verteidigung hätten die Sechs aus der von den Briten unterstützten Haltung der Vereinigten Staaten erkennen können, was ihren Zusammenhalt rechtfertige. Waren die fünf Partner nach Ansicht des Generals vor einem halben Jahrzehnt für eine politische Zusammenarbeit nicht reif, weil sie sich kein kontinental-europäisches Handeln außerhalb der NATO vorstellen konnten, so sind sie inzwischen eines Besseren belehrt worden. Aus diesem Grunde stellt de Gaulle der römischen Konferenz eine günstige Prognose und sagt, es könnten dort auch politische Pro-

bleme behandelt werden. Das ist aber auch der Grund, weshalb er die britische EWG-Mitgliedschaft zumindest zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht befürwortet.

Die Viertelstunde, die de Gaulle auf seine Beweisführung verwandte, sollte vor der Weltöffentlichkeit klarstellen, daß es weiter abzuwarten gelte, bis der in England eingeleitete Prozeß einer inneren und äußeren Entwicklung abgeschlossen ist. Erst wenn die Briten dafür reif seien, könnten sie zum Kontinent stoßen. Da Wilson eine Assoziierung an den Gemeinsamen Markt ausschließt, bleibt für de Gaulle nur die Wahl zwischen dem Eintritt Englands unter den geforderten Ausnahmebedingungen und einer unbefristeten Vertagung. Was seine ideologischen Generalstähler seit Jahren warnend predigen, erhob de Gaulle nun zur offiziellen Politik: Der Beitritt Englands und anderer Länder wird die Wirtschaftsgemeinschaft unweigerlich in eine westeuropäische Freihandelszone verwandeln, von der es nur ein Schritt zur atlantischen Freihandelszone ist. Abgesehen davon, daß Frankreich sein materielles Interesse an der EWG verlieren würde, bedeute die totale Umwandlung auch, daß Westeuropa seine politische Eigenständigkeit aufgäbe, um sich unter die Botmäßigkeit der angelsächsischen Mächte zu begeben.

Der französische Staatschef reduziert damit das Problem auf die Führungs rivalität zwischen Frankreich und den Vereinigten Staaten über den Kontinent, eine Auffassung, die seit neun Jahren seine Außenpolitik bestimmt, ohne daß deren Wahrheitsgehalt durch Dauer und Wiederholung zugenommen hätte. Paradoxerweise bekennt sich de Gaulle zur engen These Hallsteins, wenn er der Wirtschaftsgemeinschaft, die Frankreich in einer schweren Krise aller politischen Attribute berauben wollte, die Mission zuschreibt, auch politisch gegenüber jeder Macht dieser Welt handeln zu können. Die westeuropäischen Partner, die ihm höchst widerstrebend auf diesem Wege gefolgt sind, um das Ganze nicht zu gefährden, werden dem französischen Staatschef jetzt kaum den Gefallen tun, den Gemeinsamen Markt zur Wahrung der Agrarinteressen Frankreichs und der Verstärkung seines politischen Führungsanspruches gegenüber beitrtrittswilligen Ländern des einen und ganzen Europa abzuriegeln.

Auf geht's in Bayern

Volksbegehren und Volksentscheid um die Gemeinschaftsschule

Wohl es gab im Lande Bayern oftmals Optimisten, die da meinten, mit der Zeit könnte die regierende CSU einsichtig werden. Die Beratung über das neue Volksschulgesetz kurz vor Ablauf der vergangenen Legislaturperiode haben diesen Optimismus nicht bestätigt. Man informierte die sozialdemokratische Minderheit im Landtag spät, spärlich und sichtlich ungern. Jede ernste Diskussion um Sachfragen und Grundausrichtung der Schulpolitik wurde abgelehnt, denn die CSU verfügt über die absolute Mehrheit und vermeinte daher, jede parlamentarische Diskussion erübrige sich.

Nicht viel anders ist neuerdings das Verhalten der Mehrheitspartei im bayerischen Landtag, als die SPD den Versuch unternahm, eine Änderung dieser durch die tatsächlichen Verhältnisse dementierten Bestimmungen der Verfassung zu ändern. Man diskutierte nicht. Man stimmte sich nieder. Man war auch nicht bereit, sich mit der sozialdemokratischen Opposition zu unterhalten, obwohl jedermann wußte, daß in der einzigen Massenpartei des Landes die Mitgliedschaft immer lauter forderte, man solle dieser Uneinsichtigkeit mit dem nach der Verfassung gegebenen Mittel des Volksbegehrens und Volksentscheids entgegentreten. So kommt es nun, nachdem der sozialdemokratische Antrag einer entsprechenden Verfassungsänderung niedergestimmt worden war, zu einem breit angelegten Volksbegehren, dem mit Sicherheit ein Volksentscheid folgt. Der SPD fällt es nicht schwer, für ihre Forderung, die öffentlichen Volksschulen zu christlichen Gemeinschaftsschulen zu machen, die erforderlichen 25 000 Stimmen für die Einleitung des Volksbegehrens aufzubringen. Zudem haben sich der Initiative die FDP und die Bayernpartei angeschlossen. Obwohl beide Gruppen bei der letzten Landtagswahl die Sperrklausel von zehn Prozent der Stimmen in einem Regierungsbezirk nicht überwandern, verbreitert dennoch ihre Teilnahme an dem Volksbegehren die Basis der SPD für ihre Initiative.

Der Weg dieser Gesetzgebung durch Volksabstimmung ist nach der bayerischen Verfassung mühsam und langwierig. Dennoch kann damit gerechnet werden, daß die SPD-Initiative die Chance des Erfolges einschließt. Denn selbst auf dem flachen Lande, wo der bayerische Schulkonserwatismus sich am stärksten erhalten hat, ist man der verschlungenen Wege des Schulkonfessionalismus müde geworden.

GLOSSE:

Die Schlagzeilenleser

- * Die in Karlsruhe erscheinenden "Badischen Neuesten Nachrichten" veröffentlichten am 11. Mai die nachfolgende Glosse. *
- * die wir auszugsweise wiedergeben: *

Zu den kurzlebigen Gerüchten, die gestern in der Bundesrepublik die Runde machten, gehört die Nachricht, Willy Brandt sei in Tokio erschossen worden. Anders als bei dem Gerücht, Nachbars Lieschen habe ein Verhältnis mit einem Gammler, läßt sich im Falle Brandt sehr leicht feststellen, daß - Gott sei Dank - das Gerücht jeder Grundlage entbehrt. Aber es grassierte in Karlsruhe, und vermutlich auch anderswärts, am Mittwoch mit einer geradezu bestürzenden Hartnäckigkeit. Bis in den späten Abend hinein kamen die besorgten Anrufe zur Redaktion: Etwa 300 Anfragen erledigten die Damen der Telefonzentrale selbst, viele Dutzend andere das Redaktionssekretariat und die Kollegen aus allen Ressorts. Ein Brandt-Notdienst hätte notgetan. Ähnlich ging es bei Studio Karlsruhe zu, denn die Tatsache, daß weder der Rundfunk, noch das Fernsehen eine Meldung brachten, die das Gerücht um Brandts Ermordung bestätigt oder widerlegte, gab ihm eher neue Nahrung, als daß es, wie man hätte annehmen können, allmählich verrotten wäre. Zu allem hin hatten die Behörden gestern halbmast geflaggt: Zu Ehren der verstorbenen Vizepräsidentin des Bundestages, Frau Maria Probst.

Werden die meisten Gerüchte gewissermaßen hinter der hohlen Hand geboren, so verdankt die angebliche Ermordung Willy Brandts einem Boulevard-Blatt seine Existenz: Auf einer Dokumentationsseite "91 Jahre deutscher Geschichte", die sich "Die Adenauer-Zeitung" nennt, brachte "Bild" gestern in fetter Schlagzeile die Meldung "Deutscher Außenminister erschossen". Daß, wie in der Unterüberschrift zu lesen und aus einem Foto ersichtlich, Walter Rathenau (im Jahre 1922) von fünf Kugeln tödlich getroffen wurde, ist von vielen Lesern dieses Blattes offensichtlich gar nicht zur Kenntnis genommen worden. Noch nicht einmal die darüber plazierte Meldung von der Verhaftung Hitlers - nach dem Putschversuch im November 1923 - hatte die ach so flüchtigen Leser von dem Irrglauben, Außenminister Brandt sei erschossen worden, zu bewahren vermocht.

Sind Menschen, denen die Zeit nur zum Lesen von Überschriften reicht, nicht zu bedauern? Welch gefährliche Macht, das wird einem andererseits in bestürzender Weise bewußt, kann schon in einer Überschrift liegen! Willy Brandt aber - nach der Regel, daß Totgesagte in Jahrzehnten nicht sterben - wird ein langes Leben haben.

Nicht assoziationswürdig

Der Putsch in Griechenland und der Straßburger Europarat

Von Egon C. Heinrich

Nach der Beratenden Versammlung des Europarates hat nun auch das Europäische Parlament in Straßburg scharfen Protest gegen die Abschaffung der parlamentarischen Demokratie und die Errichtung einer Militärdiktatur in Griechenland eingelegt. Zum Abschluß mehrtägiger Plenar- und Ausschüßberatungen billigten die Abgeordneten aus den sechs EWG-Ländern einstimmig eine Resolution, die an Deutlichkeit nichts mehr zu wünschen übrig läßt. Im einzelnen wird darin die Rückkehr Griechenlands zum normalen demokratischen und parlamentarischen Leben sowie die sofortige Wiederherstellung der normalen persönlichen Garantien für die politischen Häftlinge gefordert. Griechenland wird ersucht, das auch von ihm unterzeichnete europäische Abkommen zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten unter allen Umständen zu respektieren.

Das 1962 abgeschlossene Assoziationsabkommen zwischen der EWG und Griechenland, das den späteren Beitritt zur EWG vorsieht, kann nach Ansicht des Europäischen Parlaments nur dann angewandt werden, wenn die demokratischen Strukturen und die politischen und gewerkschaftlichen Freiheiten in Griechenland wiederhergestellt sind. Durch das Fehlen freigewählter Institutionen werde das Funktionieren des gemischten parlamentarischen Ausschusses EWG-Griechenland unmöglich gemacht. Infolgedessen sei die Anwendung des Assoziierungsvertrages zur Zeit praktisch verhindert. Das Assoziierungsabkommen verpflichtet die EWG-Länder und Griechenland unter anderem:

- a) durch gemeinsames Streben nach dem hohen Ziel des Vertrages zur Gründung der EWG Frieden und Freiheit zu wahren und zu festigen;
- b) alle Maßnahmen zu unterlassen, welche die Verwirklichung der Ziele des Athener Abkommens gefährden könnten

Es steht also außer Zweifel, daß das griechische Militärregime sowohl das Assoziationsabkommen als auch den Geist des EWG-Vertrages grob verletzt hat.

Der Verabschiedung der Entschlieûung waren im Plenum und in den Ausschüßen des Europäischen Parlaments lebhaftere Diskussionen vorausgegangen. Daß die Resolution in ihrer eindeutigen Fassung schließlich ohne Gegenstimmen gebilligt wurde, ist vor allem auf die konsequente Haltung der sozialdemokratischen Fraktion des Europa-Parlaments zurückzuführen. Sie wendete sich gegen alle Verzögerungsmanöver und plädierte für ein sofortiges Votum.

Die Sozialisten hatten sich als erste der vier Fraktionen

des Europa-Parlaments gemeinsam mit dem Verbindungsbüro der sozialdemokratischen Parteien der EWG in einer Erklärung gegen die Abschaffung der verfassungsmäßig gewährleisteten Freiheitsrechte in Griechenland ausgesprochen. Der Putsch sei ein klarer Verfassungsbruch und habe dem Assoziierungsabkommen einen schweren Schlag versetzt. Wörtlich heißt es dann:

- * "Wir verlangen die sofortige Freilassung aller politischen
- * Häftlinge und ersuchen die EWG-Kommission, Ministerrat und
- * Europäische Investitionsbank, die Anwendung des Assozia-
- * tionsabkommens mit Griechenland bis zur Wiederherstellung
- * der parlamentarischen Demokratie in Griechenland auszusetz-
- * zen."

Auf der Grundlage dieser Erklärung forderten die SPD-Bundestagsabgeordneten Walter Fallner (stellvertretender Vorsitzender des Assoziationsausschusses EWG-Griechenland des Europa-Parlaments) und Ludwig Metzger (1. Vizepräsident des Europa-Parlaments) finanzielle Konsequenzen gegenüber Athen. Auf Initiative Fallners war gleich nach dem Putsch eine Sondersitzung des Griechenland-Assoziationsausschusses einberufen worden, der dann durch eine Dringlichkeitsanfrage die Straßburger Debatte auslöste. Die Auskünfte der EWG-Kommission waren allerdings mager. Eine Aussetzung des Assoziationsabkommens könnte nur vom EWG-Ministerrat, das heißt von den sechs Regierungen beschlossen werden. Bisher liegen dafür keine Anzeichen vor. Der Ministerrat ist zur Zeit voll und ganz mit der Kennedy-Runde, den Agrarfragen, der Fusion der Exekutiven und mit der Vorbereitung der Gipfelkonferenz Ende Mai in Rom beschäftigt. Gerade deshalb kommt dem klaren Votum von Europäischem Parlament und Europarat in der Griechenlandfrage um so größere Bedeutung zu.

Daß den Athener Militärs eine Verurteilung durch das Europäische Parlament nicht gleichgültig ist, zeigte ein massiver, dramatischer Einmischungsversuch in die Straßburger Beratungen. Mit einem Militärflugzeug wurde der frühere griechische Parlamentspräsident Procopulos nach Straßburg eingeschleust.

Der Grieche, ein Anhänger der rechtsstehenden ERE-Partei, sollte versuchen, Abgeordnete des Europäischen Parlaments "umzudrehen", das heißt die Annahme der Resolution zu vereiteln. Als Vorsitzender des gemischten Ausschusses EWG-Griechenland, dem griechische und EWG-Parlamentarier angehören, ist Procopulos in Straßburg kein Unbekannter. Seine mehrtätige Mission, unterstützt von griechischen Botschafter in Straßburg, blieb aber ohne den geringsten Erfolg. Sie trug wegen des Fehlens jeglicher sachlicher Argumente eher dazu bei, das Europäische Parlament zu einigen und auch die noch Unentschlossenen gegen das gegenwärtige Regime in Athen zu stimmen.